

LOKALES / BURBACH

„Dunkle Seite der Fracht“

Zwei heimische Unternehmen entwickeln KI-Kameras in Gabelzinken. Das System erkennt überstehende Fracht – besonders wichtig für autonom fahrende Stapler.

Seite 3

LOKALES / RÖDGEN

Wie im Wohnzimmer

Mit 27 Jahren Küchenchef im „Gustav’s“: Timo Althaus setzt im Haus Rödgen auf regionale Produkte und neue Ideen – und hört beim Kochen Metal oder Rave.

Seite 6

KULTUR / SIEGEN

Kaufhaus wird Kunstraum

Der Kunstverein eröffnet eine Ausstellung im ehemaligen Karstadt-Gebäude. Studierende zeigen Visionen für ein öffentliches Haus für alle Siegerer.

Seite 23

ZEITGESCHEHEN / OSLO

Der „Bonusprinz“

Marius Borg Høiby, der älteste Sohn von Prinzessin Mette-Marit, steht vor Gericht. Der Prozess wird zur Belastungsprobe für Norwegens Monarchie.

Seite 31

POLITIK / BERLIN

Die Bundeswehr bekommt einen neuen Style-Guide

Haare, Bärte, Tattoos und Piercings: Das Verteidigungsministerium arbeitet an einem Erlass, was künftig bei der Bundeswehr erlaubt sein soll und was nicht.



Seite 18

WETTER

Min.

-1°

Max.

7°

SZ-KONTAKT

Anzeigen

☎ 02 71 / 59 40-7 📠 -3 18 oder -3 84

✉ anzeigen@siegener-zeitung.de

Leserservice / Nachlieferung

☎ 02 71 / 59 40-8 ☎ 02 71 / 59 40-4 01

✉ leserservice@siegener-zeitung.de

🌐 https://service.siegener-zeitung.de/

Redaktion

☎ 02 71 / 59 40-2 37 📠 -2 39

✉ redaktion@siegener-zeitung.de

SZ-Digital

🌐 www.siegener-zeitung.de

📘 Siegener Zeitung

📱 @siegenerzeitung

Mitglied im RedaktionsNetzwerk Deutschland RND[#]



Trump unter Druck: Wie der Krieg enden könnte

Im Nahen Osten steigen die Opferzahlen, Tausende Raketen und Drohnen wurden abgefeuert, Hunderttausende Menschen sind auf der Flucht. Dennoch spricht US-Präsident Donald Trump von einem „baldigen“ Ende der Kämpfe. Beobachter diskutieren vier mögliche Szenarien – vom schnellen Rückzug der USA bis zu neuen Verhandlungen mit Iran.

Seite 19

Streit um Putins Öl

Wegen der Preissprünge am Weltmarkt erlaubt Washington vorübergehend Käufe von russischem Öl auf Schiffen. Kanzler Merz nennt das das falsche Signal

WASHINGTON/MOSKAU. Die Lockerung der Öl-Sanktionen gegen Russland durch die USA ist in Europa auf deutliche Kritik gestoßen. „Jetzt Sanktionen zu lockern, aus welchen Gründen auch immer, das halten wir für falsch“, sagte Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) am Freitag bei einem Besuch in Norwegen. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj warnte, der Schritt werde „auf jeden Fall zu einer Stärkung der Position Russlands führen“. Die britische Regierung forderte, „alle Partner“ sollten „den Druck auf Russland und seine Kriegskasse aufrechterhalten“. Russland drängte hingegen auf eine Aufhebung weiterer Sanktionen gegen Moskau im Energiebereich.

Trotz internationaler Sanktionen gegen Moskau wegen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine hatte das US-Finanzministerium wegen der steigenden Ölpreise infolge des Iran-Krieges eine Lizenz für den Verkauf von russischem Rohöl und russischen Erdölprodukten, die vor dem 12. März auf Schiffe verladen wurden, bis zum 11. April erteilt. US-Finanzminister Scott Bessent erklärte, die Lockerung der Sanktionen solle „die globale Reichweite des bestehenden Vorrats erhöhen“.

Die Maßnahme sei „eng gefasst“ und „kurzfristig“. Sie werde der russischen Regierung keinen „signifikanten finanziellen Vorteil verschaffen, da der Großteil ihrer Energieeinnahmen aus Steuern stammt, die am Förderort erhoben werden“, betonte Bessent. Merz sagte dazu, es gebe beim Öl im Augenblick „ein Preispro-

blem, aber kein Mengenproblem, und insofern will ich gerne wissen, welche Motive die amerikanische Regierung noch dazu bewogen hat, diese Entscheidung zu treffen“. Russland zeige im Ukraine-Krieg weiterhin keine Verhandlungsbereitschaft, der Druck auf Moskau müsse daher weiter erhöht werden. „Unsere Unterstützung für die Ukraine werden wir fortführen. Wir werden uns davon nicht durch den Iran-Krieg abbringen oder ablenken lassen“, betonte der Kanzler.

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron sagte, die Lockerung der Sanktionen könne Russland bis zu zehn Milliarden Dollar einbringen, wofür Moskau weitere Waffen kaufen könne. Der Schritt „trägt nicht zum Frieden bei“. Er verwies auch auf die gemeinsame Position der G7-Staaten vom Mittwoch, nach der „der Anstieg der Ölpreise auf keinen Fall zu einer Änderung der Sanktionspolitik führen“ dürfe.

Von der britischen Regierung hieß es, „unsere Unterstützung für die Ukraine schwächt Russlands Fähigkeit, in der ganzen Welt Krieg zu führen, sowohl militärisch als auch finanziell“. Der beste Weg, „Russland an der Unterstützung feindlicher Akteure in der Welt zu hindern“, sei, „unseren gemeinschaftlichen Druck beizubehalten“, sagte ein Sprecher von Premierminister Keir Starmer.

EU-Ratspräsident António Costa sprach von einer „sehr besorgniserregenden“ und „einseitigen Entscheidung der USA“, die die „europäische Sicherheit“ beeinträchtige.

Russland forderte hingegen eine weitere Lockerung von Sanktionen. Kreml-Berater Kirill Dmitriew erklärte, Washington sei zur Einsicht gelangt, „dass ohne russisches Öl der globale Energiemarkt nicht stabil bleiben kann“. Eine weitere Lockerung der Sanktionen gegen den russischen Energiesektor sei „zunehmend unvermeidlich“. ■ *afp*

Bundeskanzler Friedrich Merz.

Foto: dpa



Immer mehr Rentner beziehen Wohngeld

Die Zahl hat sich von 2020 bis 2024 mehr als verdoppelt

BERLIN. Die Zahl der Rentner, die in Deutschland Wohngeld beziehen, hat sich von 2020 bis 2024 mehr als verdoppelt. Während im Jahr 2020 noch gut 300.000 Rentnerinnen und Rentner den Zuschuss zu den Wohnkosten bezogen, waren es vier Jahre später bereits knapp 700.000. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der AfD hervor, die der Nachrichtenagentur AFP am Freitag vorlag.

Diese Entwicklung schlägt sich in einem deutlichen Anstieg der Wohngeldausgaben nieder – was aber auch an einer Ge-

setzesänderung lag, die 2023 in Kraft trat.

Der Anteil der Wohngeld beziehenden Rentnerinnen und Rentner an deren Gesamtzahl lag 2024 deutschlandweit bei 2,86 Prozent, vier Jahre zuvor lag deren Anteil noch bei 1,25 Prozent.

Die monatlichen Ausgaben für Wohngeld vervierfachten sich den Angaben zufolge von 35,2 Millionen Euro im Jahr 2020 (Westdeutschland: 27,4 Millionen Euro; Ostdeutschland: 7,9 Millionen Euro) auf 143,5 Millionen im Jahr 2024 (Westdeutschland: 108,4 Millionen Euro; Ostdeutschland: 35,2 Millionen Euro). ■ *afp*

Öl-Geld: Trumps Geschenk an Putin

Ein Präsident ohne Plan



Von Sven-Christian Schulz

US-Präsident Trump scheint fest entschlossen, zur Fortsetzung des Iran-Kriegs jeden Preis zu zahlen. In einem verzweifelt anmutenden Schritt lockert er die US-Ölsanktionen gegen Russland. Es ist ein politisches Eingeständnis von erschütternder Tragweite. Denn diese drastischen Maßnahmen zeigen, dass der Präsident offenbar selbst nicht länger an ein schnelles Ende des Krieges glaubt.

Trump fehlen nicht nur ein Exit-Plan für den Krieg gegen den Iran, detaillierte Kriegsziele und diplomatische Initiativen. Er hat offensichtlich auch nicht die vielen Folgen des Kriegs bedacht, wie den Schock für die Weltwirtschaft. Er weiß, dass die Geduld der Welt nicht endlos ist – und einen Preis hat. Täglich wird dieser Preis an den Ölbörsen ausgerufen. Also handelt er.

Die USA behaupten zwar, die Maßnahme würde dem Kreml nicht viel Profit bringen. Doch das ist schlichtweg falsch. Rund 140 Millionen Barrel russisches Öl in Tankschiffen dümpeln auf den Weltmeeren, 30 Millionen Barrel hat Indien in den letzten Tagen davon bereits gekauft. Da bis zu 50 Prozent der Einnahmen direkt in den russischen Staatshaushalt fließen, darf sich Putin innerhalb weniger Tage über einen mittleren einstelligen Milliardenbetrag freuen. Der Gewinner von Trumps Iran-Krieg sitzt in Moskau und füllt seine Kriegskasse auf.

Trump's Milliarden Geschenk an Putin ist ein schwerer Fehler. Es nützt dem Kreml, wird aber den Ölpreis nicht nennenswert nach unten treiben. Profitieren werden nur Moskau und ein paar windige Ölhändler und Raffineriebesitzer. Die geplagten Verbraucher an der Zapfsäule, die Unternehmen mit explodierenden Energiekosten – sie profitieren nicht.

Noch gefährlicher wäre es jedoch, wenn die US-Regierung ihren Fehler verstetigen und die Ölsanktionen dauerhaft aussetzen oder die Aussetzung jetzt gar auf andere Wirtschaftsbereiche ausweiten würde.

Trump's planloses Handeln in einem Krieg, der Auswirkungen auf die ganze Weltwirtschaft hat, ist ein Albtraum. Zwei Wochen nach Beginn der Angriffe gegen den Iran droht der wirtschaftliche Preis für einen möglichen Sturz des Terror-Regimes ins Unermessliche zu steigen. Der Schmerzpunkt ist für Trump offenbar noch längst nicht erreicht.